

Rezension

Klaus Steinitz:

**Das Scheitern des Realsozialismus –
Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert.**

VSA Verlag Hamburg 2007, 118 Seiten

http://www.vsa-verlag.de/vsa/pdf_downloads/VSA_Steinitz_Das_Scheitern_des_Realsozialismus.pdf

Diesmal meldet sich nach seiner Schrift „Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute“ (VSA-Verlag 2005) der Ökonom Klaus Steinitz mit einem neuen Büchlein zu Wort. Seine Intention ist es, das Scheitern des Realsozialismus in Europa im vergangenen Jahrhundert zu analysieren, wobei er sich vor allem auf die DDR bezieht, um daraus Lehren für zukünftige Sozialismuskonzeptionen zu gewinnen. Er kann sich dabei auf die Erfahrungen seiner Eltern in der Emigration und auf seine persönlichen Erfahrungen in der DDR beziehen. Klaus Steinitz war SED-Mitglied seit 1946 und gehörte viele Jahre der Staatlichen Plankommission und der Akademie der Wissenschaften der DDR an. Als Sohn von Wolfgang Steinitz, einem weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannte Völkerkundler und Spezialist für finnisch-ugrische Sprachen, hat er über die eigene Familiengeschichte schon früh die Unmenschlichkeit des Faschismus, aber auch dunkle Seiten des Realsozialismus sowjetischer Prägung erfahren. Vater Wolfgang war 1933 aus der Universität Berlin entlassen worden und als überzeugter Antifaschist 1934 in die Sowjetunion emigriert, die er nach Verlust seiner Professur in Leningrad 1937 in Richtung Schweden verließ, von wo er im Jänner 1946 nach Deutschland zurückkehrte und in der DDR zeitweilig hohe Ämter bekleidete.

Klaus Steinitz ist mit dem schmalen Band eine informative Schrift gelungen, in der er seine Erfahrungen mit der DDR-Wirtschaft rekapituliert, und darauf aufbauend eine Orientierungshilfe über linke Perspektiven in Mitteleuropa nach dem Ende des Realsozialismus bietet. Schon das Titelbild des Büchleins (eine Wandtafel aus der DDR mit der Aufschrift „Der Sozialismus siegt“) signalisiert, dass sich der Autor der Ironie der Geschichte voll bewusst ist. Dieses Bewusstsein führt zu einer wohltuend ausgewogenen Darstellung gegensätzlicher Positionen der Linken in Europa. Steinitz findet einen Tonfall, der sich von den Sprachspielen des realen Sozialismus mit seinen vorschnellen und vermeintlichen Sicherheiten verabschiedet hat und sich vom schulmeisternden und die Andersdenkenden abwertenden Ton mancher Politökonomien früherer Jahrzehnte abhebt, ohne dabei selbst auf eine eigene Meinung zu verzichten.

Steinitz ist m.E. zu Recht der Ansicht, dass die Erfahrungen des Realsozialismus in der DDR für weitere Sozialismusprojekte von Bedeutung sind, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen der Welt, in China und in Lateinamerika. Seine Analyse liegt vorwiegend auf der ökonomischen Ebene, auf den inneren und äußeren Faktoren, die für die DDR-Wirtschaft bestimmend waren. Dabei weist - über die gesamte Periode des Realsozialismus betrachtet - „die DDR keine schlechteren Ergebnisse auf als die Bundesrepublik, teilweise sogar bessere. Von 1970 bis 1989 stieg das BIP in der DDR auf 184%, in der BRD auf 156%, das BIP je Einwohner auf 189% bzw. 152% und je Erwerbstätigen auf 165% bzw. 142%“ (S. 24). Dennoch blieb in der DDR der Output je Investitionseinheit zunehmend hinter der BRD zurück. Die Reibungs-, Struktur- und andere Verlustquellen waren vielfältig: z.B. eine ungünstige Struktur der Investitionen, vor allem ein zu geringer Anteil innovativer Zweige und Produktionen, ein geringer innovativer Gehalt und schlechtes Preis-Leistungsverhältnis des Outputs, und ein wachsender Anteil unvollendeter Investitionen.

„Das zentralistische Planungssystem der DDR, das auf dem sowjetischen Planungsmodell fußte, beruhte vor allem auf der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der umfassenden Existenz des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, insbesondere als Staatliches Eigentum, und dem Prinzip des demokratischen Zentralismus“ (S. 25). Nicht nur in der DDR waren die Betriebe an „weichen“ Plänen interessiert, da die Planerfüllung ein wichtiges Bewertungskriterium und Grundlage für die Jahresprämien ausmachte. Die übergeordneten Ebenen waren an hohen Wachstumsziffern interessiert, gleichzeitig wurden von ihnen aber die bereitgestellten Ressourcen reduziert. Innovationen ergaben sich meist nicht „aus den inneren Erfordernissen und Motiven der Wirtschaftseinheiten ... (sondern) aus äußeren Auflagen und den Forderungen der Zentrale“ (S. 31). Der heimische Aufwand für den Kauf von Westwaren wurde immer höher. Eine wachsende Verschuldung der DDR, die allerdings ironischerweise in Wirklichkeit (unter Berücksichtigung geheimgehaltener Devisenreserven) um die Hälfte niedriger war als von der Staatlichen Plankommission offiziell ausgewiesen, und das hohe internationale Zinsniveau erzwangen einen hohen Schuldendienst. Umgekehrt waren Kredite, die die DDR ans Ausland und dann meist an arme Entwicklungsländer vergab, kaum einzulösen. So war die Herausbildung einer „ökologisch und sozial nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaft, die demokratisch gesteuert wird“, unmöglich.

Positiv sind im Rückblick auf die DDR-Wirtschaft vor allem folgende Errungenschaften des Realsozialismus zu werten, die leider nicht - wie der Rechtsabbiegepfeil - im vereinigten Deutschland überlebt haben: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Überwindung von Arbeits- und Obdachlosigkeit, ein hohes Maß sozialer Sicherheit, die Kinderbetreuung, das Bildungs- und Gesundheitswesen, kulturelle Leistungen (z.B. in Literatur, Theater, Tanz), Massnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau, Erleichterungen bei der Verbindung von Familienleben und Erwerbsarbeit (allerdings mehr auf Frauen ausgerichtet), und ein allgemein stärkeres Vorhandensein solidarischer Verhaltensweisen (S. 53). Viele begleitende Massnahmen wurden nicht nur auf gesamtstaatlicher, sondern auch auf betrieblicher und regionaler Ebene gesetzt. Ausserdem ist m.E. die Erfolgsstory der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) anzuführen (auch wenn großindustrielle Tierhaltung und Vernachlässigung ökologischer Prinzipien zu kritisieren sind). Mitte 1960 machten LPGs bereits 84% der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus und erreichten ca. 90% der Produktionsleistung der Landwirtschaft.

Das Scheitern des Realsozialismus hängt nach Steinitz generell mit drei Komplexen unterschiedlicher Qualität zusammen: (1) historische und äußere Faktoren (Reparationen, wirtschaftliche Disproportionen, Abwanderung von 2 Millionen Menschen im letzten Jahrzehnt vor dem Mauerbau, Einbindung in den RGW mit teilweise hemmenden Effekten), (2) strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus (Machtmonopol der Partei, fehlende demokratische Kontrolle, übermäßige Zentralisierung der Leitung und Planung der Wirtschaft, zu geringe Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe, unzureichende Nutzung der Marktkategorien, Mängel bei der Bedarfsbefriedigung, Vernachlässigung der „allseitigen Entwicklung der Subjekte“) und (3) subjektive Faktoren (Subjektivismus, Fehlentscheidungen, Unfähigkeit zur Korrektur von Fehlern und zu einer konsequenten Selbstkritik der Führungseliten, kein öffentliches Zugeben von Fehlern). Diese Faktoren liessen alle „Reformvorschläge, die von oben nicht gewünscht waren, wirkungslos verpuffen“ (S. 64).

Konsens gibt es nach Steinitz unter den Linken darüber, dass eine Alternative zum Sozialismus nicht prinzipiell unmöglich wäre, sondern dass das Scheitern des Realsozialismus

im Versagen der praktizierten Form des Staatssozialismus nach sowjetischem Muster zu suchen ist. Über das genaue Wie einer funktionstüchtigen Alternative – was zugegebenermaßen nicht einfach ist - erfahren die Leser leider nicht allzu viel: Sie müsste demokratisch sein, mit friedlichen Mitteln erfolgen, eine Regulierung der Finanzmärkte und eine Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne ermöglichen, aber nicht auf den Rahmen eines Nationalstaats beschränkt sein. Vom Modell der „Zentralverwaltungswirtschaft“ müsste zu Gunsten erweiterter Spielräume für unternehmerisches Handeln abgegangen werden. Die Marktkategorien sollten anstelle administrativer Surrogate verstärkt genutzt werden, um „dabei die für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung unerlässliche gesellschaftliche Regulierung/Planung der Wirtschaft zu sichern“ (S. 55). Der politische Diskurs sollte nicht mit Vereinfachungen oder nicht einlösbaren Versprechungen geführt werden.

In der heutigen Linken ist laut Steinitz die Einschätzung der Rolle des Wertgesetzes und die Gewinnorientierung kontrovers (S. 38, S. 66ff.). Während die einen schon im Sozialismus die Abschaffung des Wertgesetzes, der Warenwirtschaft und des Gewinns verlangen, gehen die Erfahrungen der meisten DDR-ÖkonomInnen dahin, dass sie meinen, Markt, Wert und Gewinn wären nicht an den Kapitalismus gebunden und die „Anwendung“ dieser Kategorien könnte zu einer Erhöhung der Effizienz einer sozialistischen Wirtschaft beitragen. Funktionen des Marktes und des Gewinns wären in der DDR nicht zu viel, sondern zu wenig genutzt worden. Allerdings hätte seiner Meinung nach die „reale Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse“ in den sozialistischen Ländern weiter vorangetrieben werden müssen. Durch die Hypostasierung des staatlichen Eigentums zur höchsten Form des sozialistischen Eigentums wäre in der DDR die reale Vergesellschaftung praktisch abgebrochen worden. Leider wird bezüglich konkreter Vorschläge für die Implementierung der realen Vergesellschaftung meist auf die Zukunft verwiesen.

Ein neuerer Vorschlag von Heinz Dieterich (Kai Homilius Verlag Brelina 2006) für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ wird allerdings von Steinitz diskutiert, ein Sozialismus, der auf der „Äquivalenzökonomie“ und Demokratisierung aller Lebensbereiche beruht. In der Äquivalenzökonomie sollen die Waren nicht zu ihren „Marktpreisen“, sondern zu ihren „Werten“ getauscht werden, wodurch eine gerechte Bezahlung der Arbeitskräfte proportional zur geleisteten Arbeitszeit möglich würde. Die Festlegung der entsprechenden Preise und Löhne könne mit Hilfe moderner Computertechnik erfolgen. Dieterich schliesst dabei an Arbeiten von W. Paul Cockshott und Alin Cottrell an, die bis in die 80er Jahre zurückreichen und unter dem Titel „Alternativen aus dem Rechner – Für sozialistische Planung und direkte Demokratie“ (PapyRossa Verlag Köln 2006) in deutscher Übersetzung publiziert wurden. Steinitz meint, dass Dieterich die theoretischen Einsichten von Marx zu einfacher, komplizierter und unterschiedlich intensiver Arbeit nicht berücksichtigt hätte, aber immerhin widmen sowohl Dieterich als auch Cockshott/Cottrell in ihren Büchern diesem Problem jeweils ein eigenes Kapitel.

Meiner Ansicht nach bedeutet „Äquivalenzökonomie“ die normative (nicht deskriptive) Anwendung der Arbeitswerttheorie. Das Preissystem wird im Verhältnis der für die Produktion von Waren direkt und indirekt verausgabten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeiten administrativ festgesetzt werden. Dieses Preissystem macht in einer vorkapitalistischen idealtypischen Wirtschaft kleiner WarenproduzentInnen Sinn, wo die ProduzentInnen Arbeit verrichten und gleichzeitig die Produktionsbedingungen besitzen. Die erste Schwierigkeit würde m.E. dadurch auftreten, dass bei administrativ festgelegten Preisen die effektivierende und innovierende Dynamik des Marktes weitgehend ausgeschaltet wäre und durch bürokratische Institutionen unterstützt durch elektronische Informationssysteme

künstlich eingeführt werden müsste. Zweitens würde, auch wenn die Outputpreise den Arbeitswerten proportional sind, zur Bestimmung der Löhne erst wieder innerhalb der konkreten Unternehmen herausgefunden bzw. festgelegt werden müssen, wer wieviel zu diesem Output beigetragen hat. Drittens wären (wie auch in der DDR als Reformansatz versucht) Produktionspreise (Preise, die gleichen Gewinnraten in allen Unternehmen entsprechen) im Prinzip besser als Arbeitswertpreise in der Lage, dezentrale Entscheidungen über die Investitionen einschliesslich ihrer Finanzierbarkeit so zu gestalten, dass gleichgewichtiges Wachstum möglich ist, da sie den Wert des Kapitalstocks in allen Unternehmen prozentuell in gleicher Geschwindigkeit auszudehnen erlauben.

Ein viertes Argument, das für die längere Frist zu bedenken wäre, kommt aus den Marx'schen „Grundrissen“: „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und der Menge angewandter Arbeit, als von der Macht der treibenden Kräften, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder – ihre große Wirksamkeit – selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt von allgemeinem Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie ...Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts...Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit, um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit und geschaffnen Mitteln entspricht“ (Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, 592ff).

Es ist die Frage, wie weit der „allgemeine Stand der Wissenschaft“ und der „Fortschritt der Technologie“ bereits gediehen ist, um den Zusammenbruch der auf Tauschwert beruhenden Produktion erwarten zu können. Eines ist jedenfalls empirisch gut abgesichert: die klassische Warenproduktion beträgt in den entwickelten Ökonomien der Welt nur noch ein Drittel des Brutto-Inlandsprodukts. Zwei Drittel des BIP entfallen auf Dienstleistungen, die dem Mehrprodukt, das nur in der materiellen Produktion erzeugt wird, direkt nichts hinzufügen können. Diese Tatsache schlägt sich m.E. im System der empirisch beobachtbaren Marktpreise nieder: Es kommt zu „Wertmodifikationen“ für Waren und Dienste: Profite, die im Dienstleistungssektor gemacht werden, sind quasi Abzüge der Profite, die in den Sektoren der materiellen Produktion (ohne die Existenz von Dienstleistungen) gemacht werden könnten.

Der Wunsch linker Strömungen nach einem mehr oder weniger bedingungslosen Grundeinkommen ist ein weiterer Indikator, dass der auf Lohnarbeit und damit auf Arbeitszeit beruhende Modus zur Erlangung eines Anteils am gesamtwirtschaftlichen Kuchen nicht mehr adäquat funktioniert. Die Forderungen nach und Massnahmen für Vollbeschäftigung bleiben auf weite Strecken erfolglos. Ein klug gestaltetes Grundeinkommen könnte die krasse und zunehmende Ungleichheit der Verteilung der Einkommen (leider nicht die der Vermögen) mildern, die sich derzeit weltweit vor unseren Augen vollzieht, und den Zwang verringern, über den Arbeitsmarkt die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen.

Nach der Lektüre des Büchleins wird der Wunsch wach, mehr über die polit-ökonomische Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und der technisch-institutionalen Innovationen zu

erfahren, um den Veränderungsprozessen nicht bloß reaktiv ausgeliefert zu sein. Die Auswirkungen der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien, der Bio- und Gentechnologien ermöglichen dem Kapitalismus das weitere Voranschreiten des Marktes und der Schaffung neuer Bereiche der Warenproduktion. Weite Teile der menschlichen Kultur (von der Mobiltelefonie bis zu Intellektuellen Eigentumsrechten auf kulturelle Aktivitäten), aber auch der Natur (Patente auf lebende Organismen) werden dem Markt und damit der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen. Diese Entwicklungen sind nicht nur negativ zu werten, sie erlauben auch neue Formen des Widerstands und neue Bündnispartner in der politischen Arena. Steinitz weist durch den respektvollen, aber gleichzeitig kritischen Umgang mit alternativen Positionen den Weg, wie diese Bündnispartner für eine gemeinsame Sache gewonnen werden können.

Weitere Rezensionen

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0407/t140407.html> (Klaus Rehbock)

<http://www.linksnet.de/textsicht.php?id=2061> (Christa Luft)

Verwandte Literatur

Erhard Crome: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft
Texte 17 der Rosa-Luxemburg-Stiftung , 2006
ISBN 3-320-02057-9, ISBN 978-3-320-02057-6
248 Seiten, Broschur (<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=12244&type=0>)

Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts
Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus
192 Seiten , Hardcover mit Schutzumschlag, 2006
(<http://www.kai-homilius-verlag.de/vp/10.3/index.php>)

Cockshott, W. Paul/Cottrell, Allin: Alternativen aus dem Rechner
Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, 2006
267 Seiten, Broschur (http://www.papyrossa.de/sites_buchtitel/cockshott_alternativen.htm)